

# 2022: Verschärfung der Armut: Kumulation der Folgen von Corona-Pandemie, Maßnahmen gegen den Klimawandel und Ukraine-krieg

Holger Hoffmann

DW Baden/LIGA Ausschuss Armut und Existenzsicherung

04.07.2022/ 2. Version für den Landesfamilienrat am 21.09.2022

# Was passiert?

1. Die Pandemie ist noch nicht bewältigt: Kurzarbeit und andere finanzielle Einschränkungen haben ihre mittel- und langfristige Folgen hinterlassen. Die Mehrfachbelastungen durch Lockdowns haben längerfristige psychosoziale Folgen hinterlassen.
2. Die Koalitionspapier der Bundes- und Landesregierung sehen (endlich?) Maßnahmen gegen den Klimawandel vor. Im Kern geht es um die CO<sub>2</sub>-bepreisung und die Verteuerung von Energiekosten (Strom, Wärme) (=Energiewandel) und massive Veränderungen in der Mobilität (Verkehrswende).
3. Der Ukraine-Krieg findet (auch) als Wirtschaftskrieg statt. Putin's Gegensanktionen treffen auch uns in Deutschland (Verringerung der Gaslieferungen bis zu deren Einstellung).

# Fortschreitende Eskalation

- bis Mai:
  - Inflation von ca. 8%, Lebensmittel 12%, Benzin, Heizöl usw. stark verteuert
  - Für 2022 rechnen Wohnungskonzerne mit Nachforderungen für Nebenkosten i.H. von 2 Monatsmieten
  - Erhöhung der Strom und Nebenkostenabschlagszahlungen (der Wegfall der EU-Umlage fällt kaum ins Gewicht)
  - Entlastungspaket 1
- Juni/Juli/August:
  - Gaswarnstufe 2, 9-Euro Ticket, Steuersenkung Benzin usw.
  - Bundesnetzagentur: ab Juli, dann ab September: keine Gaslieferungen mehr
  - Prognos-Institut: Kein Gas = Einbruch der Wirtschaftsleistungen um bis zu 12,5% statt Wirtschaftswachstum.
  - Armutsbericht des DPWV: Corona hat Armut verschärft, neuer Höchststand. Über 16% sind betroffen
- September:
  - Entlastungspaket 3

## Die Situation in BaWü

1. Überlastungsanzeigen der Privathaushalte/Familien in den Beratungsgesprächen.
2. Überlastungsanzeige der Tafeln BaWü: Zu wenig Lebensmittel, zu viele Kund:innen (Ukraine-Flüchtlinge, neue Kund:innen). Folgen: Zeitweise Schließungen, frustrierte Ehrenamtliche.
3. Berichte der ambulanten Sozialberatungsstellen: Immer mehr Zulauf. Themen: Wohnkosten, zu wenig Geld (Regelsatz), Überschuldung, psychosoziale Belastungen, Zugang zum Gesundheitssystem.  
Es droht eine chronische Überlastung der Beratungsangebote
4. Örtliche Beratungsstellen fordern: **Das Land muss unterstützen, wie auch immer.**
5. Mitglieder fordern: Die Preiserhöhungen usw. treffen auch stationäre Einrichtungen, die Kostenträger weigern sich, diese in die Regelfinanzierungen pauschal einzupreisen. Einzelverhandlungen sind zeitintensiv und führen kaum zu positiven Ergebnissen.  
Ergebnis (bis jetzt): KEINE pauschale Erhöhung der Entgelte, nur Einzelverhandlungen.

# Betroffenheit der Diakonie/Sozialverbände

– Drei Dimensionen:

1. Die Menschen, die Hilfen/Angebote in Anspruch nehmen, sind in besonderer Weise betroffen.
2. Unsere Mitglieder, ihre Einrichtungen sind betroffen.
3. Wir als Mitarbeitende der Diakonie und der Sozialverbände sind (auch privat) betroffen

# Was macht die (Bundes-)Politik?

- Einmalzahlungen für Sozialleistungsempfänger:innen, Kindergeldbezieher:innen und Arbeitnehmer:innen
- 9 Euro Ticket
- Steuersenkung für Benzin usw.
- Ab 1.1.2023: Klimageld zum Ausgleich der Mehrkosten, bedingt durch den Klimawandel? Wirkung bis Einkommen 4.000 Euro brutto/Single
- Angekündigt: Entlastungspaket 3: Bürgergeld, Wohngeld, BaFöG, Wohngeld, u.a. Problem: Zustimmung des Bundesrates offen, Widerstände angekündigt.
- Scholz: „Preissteigerungen sind Sozialer Sprengstoff“. Er lädt ein zu einer konzertierten Abwehrreaktion.
- Gewerkschaften; Tarifierhöhungen müssen Ausgleich für Inflation plus Lohnerhöhung enthalten.
- **Fazit: ungenaue punktuelle Hilfen, keine Strategie, kein Konzept erkennbar**

# Was macht die Landespolitik?

- MP: Gasgipfel für BaWü, gemeinsame Erklärung zum Energiesparen
- Staatsministerium: Roadshow mit Tipps zum Energiesparen (scharf kritisiert: „Arme“ haben mit Abstand den kleinsten ökologischen Fußabdruck)
- MSI: Sonder-(Krisen-)Sitzungen des Landesbeirats am 1. und 3. August, nächste Sitzung am 22. September.
- MSI: Gründung einer Monitoring – AG zur Beobachtung der Energiepreis- und Inflationsentwicklung
- Niedersachsen: 100 – Millionen für Hilfe und Unterstützung (unklar, die die Zahl berechnet wurde und unklar, die das Geld eingesetzt werden soll.

# Was machen wir? (DW Baden über LIGA BaWü)

- Ukraine Task-Force.
- Austausch mit den Kreisliegen.
- Gespräch mit den Tafeln.
- Schreiben an die Mitglieder des Sozialausschusses
- 05.07.22: Austausch mit Minister Lucha im Beirat Armutsprävention.
- 21.07.22: Pressekonferenz gemeinsam mit Tafeln und Landesarmutskonferenz: Forderung eines Sozialgipfels in BaWü
- 7.8.2022: In Folge der beiden Krisensitzungen des Beirats am 1. und 3.8.22: Konzeptentwurf für einen Landesfonds an das MSI übersendet. (Noch keine offizielle Reaktion).
- Oktober 2022: Landesaktionswoche gegen Armut und Ausgrenzung
- 26.10.2022: Gespräch/Austausch mit den Mitgliedern des Sozialausschusses des Landtages
- 28.10.2022: Gespräch mit dem Finanzminister



# Was machen die 4-Kirchen in BaWü?

- Kirchensteuermehreinnahmen durch die 300 Lindner-Euro, die im September an Arbeitnehmer:innen gezahlt werden. (EKIBA: ca. 2 Mio., insgesamt: 10-12 Mio.).
- Pressemeldungen der EKD/Deutschen Bischofskonferenz: Die Kirchen wollen das Geld nicht einfach behalten, sondern den betroffenen Menschen zur Verfügung stellen.
- Pressemeldung epd für BaWü: Die 4 Kirchen sind auf dem Weg, die entsprechenden Entscheidungen in ihren Gremien auf den Weg zu bringen.
- Evangelische Landeskirche in Baden: Entscheidung fällt am 22.09. im Landeskirchenrat.
- Was wird (wahrscheinlich passieren?)
- Das Geld geht an die Diakonie- und Caritasverbände, diese richten vier Fonds ein (analog dem Vorschlag an das MSI) und zahlen das Geld über ihre flächendeckenden Beratungsstellen an Betroffene aus, die Anträge stellen. Diese Anträge werden sozialarbeiterisch geprüft. Die Kernkriterien für die Mittelvergabe sind abgestimmt. Keine Mittelvergabe an Transferleistungsbezieher:innen (nur wenige Ausnahmen).

# Prognosen

- „Epochenbruch“: Viele Gewissheiten sind in kurzer Zeit verloren gegangen. Prognosen sind schwierig, ohne Gewissheiten.
- Szenario für den Herbst 2022:
  - Corona ist (gefühl?) vorbei, endlich Urlaub und Party (Sommerferien).
  - In/nach den Sommerferien: Benzin wieder teurer, 9-Euro Ticket weg und keine Gaslieferungen mehr...., Energie und Lebensmittel nochmal deutlich teurer.
- Wenn wir den seriösen Meldungen folgen - Worstcase:
  - Ab Juli/September kein Gas mehr aus Russland. Folgen: Wirtschaftskrise, nochmal steigende Inflation (Lebensmittel!) und Energiekosten.
  - Die Nato wird doch noch in den Krieg hineingezogen (das wäre die Katastrophe mit weitere Kostensteigerung). Dazu 21.09.2022: Teilmobilmachung in Russland!

# Was fordern wir von der Politik?

- Wirkungsvolle, zielgerichtete finanzielle Hilfen für Menschen in prekären Einkommenssituationen/Familien unter 4.000 Euro Haushaltseinkommen. Landesfonds!
- Zumindest Inflationsausgleich für alle Regelsätze usw., zugleich: deutliche Erhöhung der Regelsätze
- Umstieg auf Bürgergeld und Kindergrundsicherung ab 1.1.2023
- Klimageld ab 1.1.2023 angemessen berechnen
- Energiesparen: Abwrackprämie für alte Kühlschränke, u.ä.
- Stromsperren usw. aussetzen. Zwangsräumungen von Wohnungen wegen Mietrückständen usw. aussetzen.
- **Landesregierung: Mittel für Krisen- und Notfonds im Landeshaushalt für 2023/24 berücksichtigen/bereitstellen.**
- Auf Landesebene: **Sozialgipfel Armutverschärfung** zur Prävention und Koordination notwendiger Maßnahmen in BaWü (aktuell erfüllt der Beirat beim MSI wohl diese Funktion – ohne die notwendige Durchschlagskraft. Der MP, alle Ministerien müssen ins Boot!).

# Strategische Überlegungen

- Entscheidend ist die Perspektive! Wie lange hält diese Energiekostenkrise/hohe Inflation an?
- Je länger desto Nachsteuern!
- Hauptproblem: Die Schuldenbremse, Haushaltsdisziplin, auch in BaWü. In dieser multiplen Krisenlage ist Sparen nicht angesagt!
- Unsere Hypothesen:
  - Es gibt kein Zurück zum Vorher. Alleine die Bekämpfung des Klimawandels verteuert Energie!
  - Der damit verbundene „Umbruch“ wird 2-4 Jahre (je nach Kriegsdauer) brauchen
  - Alle privaten Haushalte müssen ihr Haushaltsbudget umsteuern und neu ausrichten: Es bleibt weniger Geld für Teilhabe, Freizeit usw.
  - Wohlstands- und damit Teilhabeverluste sind bis in die Mittelschicht absehbar.
  - Erholung nach Kriegsende und wenn ausreichend alternative Energien zu marktfähigen Preisen zur Verfügung stehen